Krankenhausreform greift nicht - Umfrageergebnisse der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft: Lage der niedersächsischen Krankenhäuser weiter schlecht

Krankenhausreform greift nicht

Umfrageergebnisse der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft: Lage der niedersächsischen Krankenhäuser weiter schlecht

Hannover. Die finanzielle Situation der niedersächsischen Krankenhäuser ist weiterhin kritisch. Das ergab eine Befragung von 140 Kliniken.

Die Umfrageergebnisse der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft (NKG) aus dem Herbst 2016 (NKG-Indikator 2016) zeigen, dass erneut deutlich mehr als die Hälfte der Krankenhäuser in Niedersachsen für 2016 mit einem existenzgefährdenden Geschäftsabschluss rechnen muss.

„Die Probleme der Krankenhäuser sind auch durch die „Reform der Krankenhausfinanzierung“ im Krankenhausstrukturgesetz (KHSG) bislang nicht gelöst“, fasst der Vorsitzende der NKG, Dr. Hans-Heinrich Aldag, die Ergebnisse des Indikators zusammen: „Eine Ursache ist, dass der für Niedersachsen geltende Landesbasisfallwert zur Vergütung von stationären Krankenhausleistungen nach wie vor deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt“. Das bedeutet, dass für medizinische und pflegerische Leistungen gleicher Qualität die niedersächsischen Krankenhäuser seit Jahren eine geringere Verfügung erhalten, als dies bei einer bundeseinheitlichen Bezahlung der Fall wäre.

Im Jahr 2015 konnte - wie im Vorjahr - rund die Hälfte der Krankenhäuser keine tragfähigen Ergebnisse erwirtschaften, in den ersten beiden Quartalen 2016 stieg die Zahl auf über 60 Prozent. Rund ein Drittel der niedersächsischen Krankenhäuser hat das Jahr 2015 mit einem negativen Betriebsergebnis beendet. Insgesamt ist die Lage in Niedersachsen damit erneut kritischer als die deutschlandweite Situation.

„Es zeigt sich, dass die von der Politik versprochene und angekündigte Entlastung durch die Finanzierungsreform des KHSG bislang nicht bei den Krankenhäusern angekommen ist“, beschreibt Helge Engelke, Verbandsdirektor der NKG, die Ergebnisse der Umfrage. „Ob die als Qualitätsoffensive gestartete Reform der Krankenhausfinanzierung tatsächlich eine nachhaltige Lösung für die Unterfinanzierung der Krankenhäuser schaffen kann oder nur in einem weiteren Aufbau von Bürokratie zu Lasten der Patienten stecken bleibt, wird sich erst im kommenden Jahr zeigen können“.

Die Aussagen der befragten Krankenhäuser zur Entwicklung der Beschäftigtenzahlen weisen darauf hin, dass ein zunehmender Personalbedarf gesehen wird, auch wenn die Refinanzierung weiterhin kritisch ist. „Die Arbeitsverdichtung in den Krankenhäusern hat ein Ausmaß angenommen, welches nicht mehr gesteigert werden kann“, betont Engelke. „Entscheidend für die nahe Zukunft wird sein, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Patientenversorgung zur Verfügung stehen und nicht zur Abarbeitung zusätzlicher Bürokratieaufgaben“, so der Verbandsdirektor weiter.

„Wir können nur erneut die Politik warnen, dass die Krankenhäuser nach wie vor Hilfe benötigen, um die hochwertige Versorgung ihrer Patienten aufrecht zu erhalten sowie ihren hochqualifizierten und motivierten Mitarbeitern angemessene attraktive Arbeitsbedingungen bieten zu können“, zieht NKG-Vorsitzender Dr. Aldag ein Fazit. „Ein Höchstmaß an Bürokratie und Arbeitsverdichtung haben wir, jetzt müssen Zeit und Personal zur Patientenversorgung folgen. Die zwingende Basis dafür ist eine angemessene Vergütung.“

Weitere Informationen:

- Dr. Hans-Heinrich Aldag, Vorsitzender der NKG (0511) 3 07 63-0
- Helge Engelke, Verbandsdirektor der NKG (0511) 3 07 63-0
- Marten Bielefeld, stv. Geschäftsführer der NKG (0511) 3 0763 49

Pressemitteilung vom 30.12.2016 (Word-Format) (21,5 kB)

Pressemitteilung vom 30.12.2016 (18,1 kB)

NKG Indikator 2016 - Anlage zur Pressemitteilung vom 30.12.2016 (621,9 kB)